



ILLUSTRATION: FELIX HUNGER

Leise sind Stimmen zu hören. Sie klingen nach Rundfunk, aber zu verstehen ist nichts. Sie kommen aus einem Land im Krieg. Stefan Jakob Wimmer sagt, er habe das Radio oft laufen, neben der Arbeit, um immer gleich und direkt zu hören, was passiert. Es passiert so viel seit dem 7. Oktober, in Israel und Palästina, und auch in München.

Wie sich Hamas-Terror und Gaza-Krieg auf München auswirken, ist bisweilen auf den Straßen und in den Medien zu verfolgen. Oktober: Ein Gericht kippt das Verbot aller pro-palästinensischen Demos. 7000 Menschen ziehen für Palästina durch die Stadt, tags darauf kommen für Israel 1000. November: Die Stadt versucht, den Vortrag eines kritischen, international anerkannten jüdisch-israelischen Historikers zu unterbinden und scheitert vor Gericht. Auf dem Marienplatz wird eine Schabbat-Tafel mit 240 leeren Stühlen aufgestellt, um an die entführten Geiseln zu erinnern. Januar: In der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) versuchen Pro-Palästina-Aktivistinnen, einen Hörsaal zu besetzen. März: Am Frauentag geraten eine pro-israelische und eine pro-palästinensische Gruppe aneinander, fast alle Stadtratsfraktionen stellen sich an die Seite der israelisch-jüdischen Demonstranten.

Das sind die sicht- und hörbaren Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts auf München. Noch mehr spielt sich unter der gesellschaftlichen und politischen Oberfläche ab. Die SZ hat darüber mit zahlreichen Menschen gesprochen. Da verrät der Imam, dass er beinahe alles hingeschmissen hätte. Da berichtet „die Präsidentin“, dass ihre Enkelin München verlassen habe, weil sie sich zu Hause sicherer fühle, in Israel. Da beschreibt der Alt-Oberbürgermeister „Zorn und Trauer“ angesichts der Münchner Sprachlosigkeit. Und die Schriftstellerin sagt: „Lasst uns darüber reden, was schiefgelaufen ist.“

Der Wissenschaftler

Stefan Jakob Wimmer, 61, gebürtiger Münchner und Katholik, ist Hebraica-Experte an der Staatsbibliothek, Professor für Ägyptologie an der LMU, beschäftigt sich mit dem Nahen Osten. Er sagt: „Ich sitze nicht zwischen den Stühlen, ich sitze auf zwei Stühlen.“ Der jüdischen und israelischen Seite fühle er sich ebenso nah wie der palästinensischen und muslimischen, in alle Welten habe er persönliche und berufliche Kontakte. Er ist Vorsitzender des Vereins Freunde Abrahams, der sich dem Miteinander der drei monotheistischen Weltreligionen verschrieben hat, Christentum, Judentum, Islam.

Bedrückt und ratlos wirkt Wimmer, das Jahr 2023 geht gerade zu Ende, draußen fällt der erste Schnee. Weil jedes Wort falsch sein kann, organisiert er einen Schweigemarsch, er will um alle Opfer trauern, in Israel und Gaza. Keine Flaggen und Transparente, nur Lichter und Kerzen. In den kommenden Wochen wird Wimmer ein Papier verfassen, das mehr ist als seine persönliche Sicht auf den Israel-Palästina-Konflikt. Der Ton ist sachlich und engagiert, er bezeichnet die 14 Seiten als „Hilfestellung“.

Wimmer stellt sein Papier seit Februar zur Diskussion. Rasch kommt ein Dankeschreiben vom Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. In Wimmers Text spiegelt sich eine „Wertschätzung für jeden Menschen ohne Unterschied“, unabhängig von Herkunft, Religion oder Kultur. Wimmer leiste damit „einen wichtigen Beitrag“ zur besseren Ein-Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de

ordnung der Situation in Nahost, zum Abbau von Vorurteilen und zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus. Die SZ fasst die Kernaussagen der „Handreichung“ zusammen.

Nicht „Israel“, „die Israelis“, „die Zionisten“ oder „die Juden“ stehen auf der einen Seite, nicht „Palästina“, „die Palästinenser“, „die Araber“ oder „die Muslime“ auf der anderen. Auf beiden Seiten stehen Menschen, die eine friedliche und gerechte Lösung anstreben, und solche, die sich ihr verweigern. Alle sind gefordert, sich entlang dieser Konfliktlinie zu positionieren: nicht „Pro-Israel“ oder „Pro-Palästina“, sondern für eine Lösung, gegen den Konflikt.

Stefan Jakob Wimmer

Der Imam

Benjamin Idriz, Bayerns wohl bekanntester Imam, macht erst mal eine Hausführung. Vorbei an der nachtblauen Moscheewand und durchs Zentrum der Islamischen Gemeinde in Penzberg, südlich von München. Wo der Koran-Unterricht stattfindet, hängt ein Plakat, Schüler haben es gemalt: „Herzlich willkommen Bundespräsident.“ Frank-Walter Steinmeier war 2019 zu Besuch in der Moschee, einem Symbol des modernen Islam in Oberbayern.

In den vergangenen Jahren hat Idriz, 51, dafür gekämpft, dass in München auch eine repräsentative Moschee gebaut wird. Fürsprecher war damals Oberbürgermeister Christian Ude (SPD). Die beiden sind seither eng verbunden, auch wenn aus der Moschee noch nichts wurde. Das Münchner Forum für Islam (MFI), dem Idriz vorsteht, verfolgt das Ziel weiter.

Der aus Mazedonien stammende Imam engagiert sich für den interreligiösen Dialog. Umso mehr schockiere ihn die Wucht des Hasses, sagt er: „Die Auswirkungen für Muslime waren nach dem 7. Oktober größer als beim 11. September.“ Anfeindungen, Drohungen, anonyme Briefe, er liest vor: „Du, der Lügner, du, der Antisemit, du, das Moslemschwein, geh raus, du hast keine Zukunft mehr.“ Viele Muslime hätten Angst, fühlten sich ausgegrenzt. Manche sähen keine Zukunft mehr in ihrer deutschen Heimat.

Am Tag nach dem Hamas-Massaker war Idriz der erste Imam weit und breit, der öffentlich Stellung bezog: „Es ist nicht islamisch, Menschen in ihren Häusern zu überfallen, zu töten oder zu verschleppen.“ Von jüdischer Seite wurde kritisiert, dass seinen Worten die Entschiedenheit fehle. Idriz, promovierter Theologe, rechtfertigt sich: Wenn er der Hamas, die aus der Muslimbruderschaft hervorging, den Islam abspreche, „dann tue ich theologisch etwas Gewaltiges“.

Wenige Tage später sein nächster Versuch, eine Brücke zu schlagen. Im Freitagsgebet spricht er von einem Land voller Leid, „das die einen Palästina und die anderen Israel nennen“. Jetzt wird ihm Antisemitismus vorgeworfen, er spreche Israel mit dieser Formulierung das Existenzrecht ab. „Absurd“, sagt Idriz. „Das ist die Realität und eine politische Formulierung.“ Dass die Kritik auch von Menschen komme, die ihn kennen, das setze ihm zu. Er wünscht sich mehr Empathie für sich, einen Seelsorger aufgebracht und verunglimpfter Muslime.

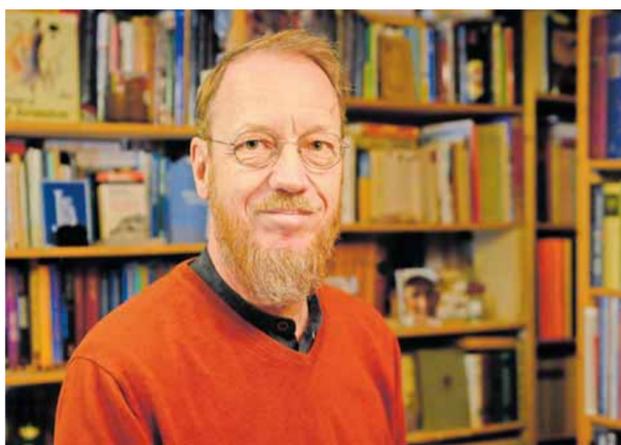
Von Charlotte Knobloch, der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, fühle er sich ausgegrenzt, sagt Idriz. Als sie nach dem 7. Oktober zur Solidaritätsbekun-

Das große Schweigen nach dem Terror

Der Krieg in Nahost hat in München tiefe Gräben aufgerissen, zwischen Juden und Muslimen, Israelis und Palästinensern. Bei den Betroffenen herrschen Wut, Trauer und Sprachlosigkeit. Doch es gibt Menschen, die vermitteln wollen.

Der Krieg in Nahost hat in München tiefe Gräben aufgerissen, zwischen Juden und Muslimen, Israelis und Palästinensern. Bei den Betroffenen herrschen Wut, Trauer und Sprachlosigkeit. Doch es gibt Menschen, die vermitteln wollen.

Bei den Betroffenen herrschen Wut, Trauer und Sprachlosigkeit. Doch es gibt Menschen, die vermitteln wollen.



Sitzt auf zwei Stühlen: Wissenschaftler Stefan Jakob Wimmer. FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER



Die Folgen des 7. Oktober waren auch für Muslime gewaltig, sagt Imam Benjamin Idriz. FOTO: MANFRED NEUBAUER

derung auf den Jakobsplatz lädt, kommen Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Religion. „Nur wir waren nicht eingeladen“, sagt Idriz. Unmittelbar danach schreibt Idriz einen Brief an Knobloch und bittet, mit anderen Imamen die Synagoge besuchen zu dürfen – als Zeichen der Solidarität. Bis heute keine Antwort, sagt er.

Er müsse auch die eigenen Leute, die Muslime, im Blick haben, betont Idriz. Deren Stimmung habe sich aufgeladen, viele wollten von den Imamen wissen, wie sie friedlich Solidarität mit den Opfern in Gaza zeigen könnten. Dass die einen ihre Toten und Verletzten öffentlich betrauern dürften, den andern dies versagt werden sollte, könne aggressiv machen, sagt Idriz. Die Stadt hatte versucht, alle Pro-Palästina-Demos zu verbieten, scheiterte aber vor Gericht.

„In größter, akuter Sorge um den Frieden in unserer Stadt“ wendet sich Idriz zusammen mit weiteren muslimischen Vertretern an den Oberbürgermeister. Sie treffen sich, vereinbaren ein Friedensgebet der Religionen auf dem Marienplatz. Dieter Reiter übernimmt die Schirmherrschaft, Vertreter der christlichen und jüdischen Gemeinschaften sagen zu. „Pro forma“, sagt Idriz, habe der Muslimrat als Veranstalter fungiert. Der einst auf Wunsch des Stadtrates gegründete Verein ist umstritten, einzelne Mitglieder gelten als Islamisten.

Darauf haben ein „linkes Bündnis“ und aus Berlin der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, ab: Sie werfen dem Muslimrat antisemitisches Agieren vor. Die Reaktion kommt prompt, der Reihe nach ziehen maßgebliche Personen ihre Teilnahme-Zusage zurück. Das interreligiöse Friedensgebet ist geplatzt. Für Idriz der Tiefpunkt des versuchten Miteinanders in Zeiten von Terror und Krieg.

Vier Stunden lang referiert der Imam bis ins Detail die vergangenen Monate. Er hätte sich gefreut, wenn Bürgermeister Dominik Krause (Grüne) zu seinem Amtsantritt im November neben Charlotte Knobloch auch Vertreter der 200 000 Münchner Muslime besucht hätte. „Ich fühle mich im Stich gelassen.“ Er zögert, ob er auch von seinen Gedanken Ende des Jahres erzählen soll. Er sei kurz davor gewesen, alles hinzuschmeißen, sein Engagement für ein integratives Miteinander. Warum das alles noch? Er besinnt sich. Nimmt eine Auszeit und pilgert über Weihnachten mit Gemeindegliedern nach Mekka. Und jetzt? „Ich glaube, dass ich eine gewisse Verantwortung trage, weil Integration Akteure braucht, die sich dafür einsetzen.“

Menschliches Leid der einen Seite darf nicht geringer gewertet werden als das der anderen. Juden leiden unter Antisemitismus, Muslime unter Islamfeindlichkeit und dem Generalverdacht, Terror zu billigen, solange sie sich nicht ausdrücklich davon distanzieren.
Stefan Jakob Wimmer

Der Alt-Oberbürgermeister

Schwabing, Kaiserplatz. Christian Ude holt Kaffee aus seiner Küche. Sie liegt am Ende des Flurs, der mit seiner langen und hohen Bücherwand wie das Statement eines Kulturbürgers wirkt. Dann bittet er ins Wohnzimmer. 76 Jahre alt ist Ude und auch zehn Jahre nach Ende seiner Amtszeit als Oberbürgermeister aktiv im gesellschaftlich-kulturellen Feld. Er gehört zu den wenigen Persönlichkeiten in München, die mit der

jüdischen Community ebenso vertraut sind wie mit der muslimischen. Den Bau der Synagoge auf dem Jakobsplatz hat er vorangetrieben, und er sitzt dem Kuratorium des Münchner Forums für Islam (MFI) vor.

Weit entfernt dagegen ist Ude von einem Mann, um den es gleich geht. Seit dem 7. Oktober, sagt Ude, nehme er eine „neue Aggressivität“ zwischen Religionsgemeinschaften wahr, und ausgerechnet jetzt sei da diese Leerstelle. Er habe 1998 das „Bündnis für Toleranz“ gegründet, in dem die wichtigsten gesellschaftspolitischen Akteure versammelt waren. „Chefsache“ seien diese Treffen immer gewesen. Solch ein Bündnis bräuchte es, um die Spannungen zwischen jüdisch-israelischer und muslimisch-palästinensischer Community zu dämpfen. Aber nach seinem Abschied aus dem Rathaus 2014 sei es eingeschlafen.

„Zorn und Trauer“ empfinde er darüber, „unbegreiflich“ sei ihm das. „Schier wahnsinnig“ mache ihn das. Einen Namen nennt er nicht, es ist sowieso klar, dass er dies seinem Amtsnachfolger ankreditet. Ob er darüber mal mit Dieter Reiter gesprochen hat? Ude lacht kurz auf: „Das setzt eine Gesprächssituation voraus.“ Alt-OB und aktueller OB, beide SPD, beide in der Bürgerschaft angesehen und beliebt, könnten gemeinsam Brücken bauen. Stattdessen gehen sie sich aus dem Weg.

Von Benjamin Idriz hält Ude viel. Er verstehe, dass der Imam sich „schlecht behandelt“ fühle, weil nach dem 7. Oktober seine ausgestreckte Hand ignoriert worden sei. Idriz positioniere sich immer eindeutig gegen Terror. Nach jedem islamistischen Anschlag in Europa habe Idriz diese Taten klar verurteilt. Er wisse das genau, sagt Ude, weil er Idriz' Aussagen sammle, er habe einen eigenen Ordner, eine „überquellende Klarsichthülle“, beschriftet mit „Idriz gegen Terror“.

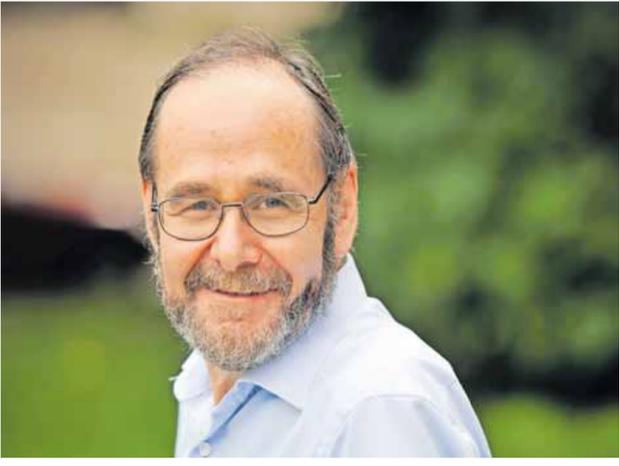
Verständnis äußert Ude auch für die jüdische Seite, für deren Schmerz seit dem 7. Oktober und für das Zögern, sich mit Muslimen zu treffen. Er verstehe auch die palästinensische Community, dass diese sich ungerecht behandelt fühle. Die Stadt wollte nach dem 7. Oktober alle pro-palästinensischen Demos verbieten – ein „rechtswidriger Plan“, sagt Ude, der Jurist. Man dürfe doch nicht pauschal eine Meinung verbieten.

Ude sieht sich in einer Mittlerrolle. „Ich möchte zeigen, dass man miteinander reden kann.“ Wenig später wird Ude zusammen mit dem kulturpolitischen Forum der SPD, das er leitet, das Münchner Forum für Islam besuchen. Es ist Mitte Januar und der erste politische Kontakt des MFI seit dem 7. Oktober. Ude wird Imam Idriz loben und gegen Kritik verteidigen: Wenn Idriz von einem Land spricht, das die einen Israel, die anderen Palästina nennen, dann sei das nichts als die Wahrheit. Damit werde Israel nicht das Existenzrecht abgesprochen.

Der Antisemitismus-Vorwurf wiegt in Deutschland enorm schwer. Er kann aber missbraucht werden und wird dadurch entwertet. Um Antisemitismus zu bekämpfen, muss differenziert werden, wo er vorliegt und wo nicht. In München werden Versuche, die palästinensische Perspektive sichtbar zu machen, oft generell unter Antisemitismusverdacht gestellt, das ist kontraproduktiv. Wird diese Perspektive pauschal unterbunden, wird Antisemitismus geschürt, nicht bekämpft.
Stefan Jakob Wimmer



Alt-Oberbürgermeister Christian Ude pflegt enge Kontakte zu Juden und Muslimen. FOTO: CATHERINA HESS



Jan Mühlstein von der liberalen jüdischen Gemeinde wünscht sich mehr Solidarität. FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER

Der Gemeindegründer

Jan Mühlstein wohnt unmittelbar hinter der Stadtgrenze, wo die Häuser große Gärten haben. 1969 kam er aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und arbeitete als Wirtschaftsjournalist. 1995 gründete er die jüdische Gemeinde Beth Shalom und leitete sie viele Jahre. Als liberale Gemeinde ist sie prädestiniert für den interreligiösen Kontakt. Mühlstein, 74, ist ein bedächtiger Erzähler, wägt seine Sätze. Beth Shalom sei eng verbunden mit der progressiven jüdischen Bewegung in Israel, er berichtet von Besuchen bei liberalen Freunden in diesem komplizierten Land. Er beiläufig, weil für ihn selbstverständlich, erwähnt er, dass er erklärter Netanjahu-Gegner sei. Das Lebensgefühl der Münchner Juden habe sich nach dem Hamas-Überfall dramatisch verändert. In dieser emotional aufgewühlten Situation kämen erstmals viele israelische Münchner zu Beth Shalom, die sich bisher keiner jüdischen Gemeinde angeschlossen hätten. Dass ihn so viele Freunde anrufen und ihr Mitgefühl ausgedrückt hätten, berühre ihn noch immer, sagt Mühlstein. Traurig mache ihn, dass nur wenige Münchner zu den Pro-Israel-Demos kämen.

Dem Münchner Forum für Islam ist der liberale Jude Mühlstein seit Langem verbunden. Nach dem 7. Oktober habe er auf dessen Homepage nach Zeichen von Solidarität gesucht, gefunden habe er die Stellungnahme von Imam Idriz zum Terrorangriff und sein Freitagsgebet. Beides, sagt Mühlstein, habe ihn „sehr getroffen“. Den Hamas-Angriff „unislamisch“ zu nennen, hält Mühlstein für eine viel zu allgemeine Distanzierung. Und wenn Idriz von einem Land spreche, „das die einen Palästina und die anderen Israel nennen“, dann stelle er das Existenzrecht Israels infrage. Überhaupt rücke der Imam die Situation der Muslime „unangemessen“ in den Vordergrund und nehme lieber in Kauf, seine jüdischen Partner zu frustrieren, als Zwist in der eigenen Community zu riskieren. Mühlstein hat sich aus dem MFI-Kuratorium zurückgezogen. Idriz' Bitte um ein Gespräch hat Mühlstein abgelehnt, er könne sich das derzeit nicht vorstellen. Ausgerechnet die beiden liberalen Akteure, Beth Shalom und MFI, sind gerade weit voneinander entfernt.

„Seinem Ursprung und Wesen nach ist der Israel-Palästina-Konflikt kein religiöser, weder in der Bibel noch im Koran ist davon die Rede. Seit Jahrzehnten aber wird der Streit zweier Völker um ein und dasselbe Land von religiösen Fundamentalisten auf israelischer wie palästinensischer Seite befeuert.“
Stefan Jakob Wimmer

Der Aktivist

Amir Ali, 39, arbeitet als Unternehmensberater, er hat in einem Coworking-Gebäude am Altstadttring einen kleinen Besprechungsraum reserviert. Ali ist in Deutschland aufgewachsen, seine Mutter ist Deutsche, sein Vater Palästinenser. Seit ein paar Jahren, sagt Ali, sei er aktiv für die palästinensische Sache. Als er Ende Oktober bei einer Kundgebung spricht und das Leid in Gaza beklagt, kommen ihm die Tränen. Er habe in Gaza viele Bekannte und Freunde. Ali ist aktiv in der Münchner Gruppe von „Palästina spricht“. Die bundesweite Vereinigung, die regelmäßig zu Demonstrationen aufruft, sieht sich immer wieder mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert. Aus der Münchner Gruppe ist Ali der einzige, der zu einem Treffen bereit ist. Man spürt, wie skeptisch er ist, er findet die Berichterstattung der großen deutschen Medien einseitig pro-israelisch. Kurz vor Erscheinen dieses Artikels teilt er mit, dass er kein Foto von sich veröffentlicht haben will.

Ali beklagt eine große Ungerechtigkeit gegenüber Palästinensern, in der Gesellschaft wie in der Politik. Auch in München. Dass die Stadt nach dem 7. Oktober pauschal alle palästinensischen Demos verbieten wollte, kritisiert er als „hart antidemokratisch“. Immer wieder würden Personen aus der palästinensischen Community „diffamiert und verleumdet“ als Antisemiten und Terroristen, und das „in einem angeblich demokratischen Land wie Deutschland“. Das sei „beschämend und bestürzend“.

Eine tiefgehende Enttäuschung ist bei Ali herauszuhören, sein Vertrauen in den Staat und die Mehrheitsgesellschaft sei inzwischen recht gering, sagt er. Der sogenannte BDS-Beschluss des Stadtrats von 2017 spielt eine zentrale Rolle. Damit wollte das Rathaus verbieten, dass in städtischen Räumen die gegen Israel gerichtete Boykott-Kampagne diskutiert wird, weil diese antisemitisch sei. Das Bundesver-



Kritik am Zufluchtsort der Juden kommt für Charlotte Knobloch nicht infrage. FOTO: CHRISTOF STACHE/ AFP

waltungsgericht kippte den Beschluss vier Jahre später. Daran könne man sehen, sagt Ali, dass immer wieder versucht werde, Palästinensern Grundrechte vorzuenthalten.

Er führt dies auf die von der Bundesregierung proklamierte Staatsräson zurück. Dass Deutschland aufgrund der Geschichte eine Verantwortung gegenüber jüdischen Menschen habe, klar; aber dass die Bundesrepublik „immer auf der Seite Israels steht, komme was wolle“, das verstehe er nicht.

Er sieht darin eine Gleichsetzung von Israel mit dem Judentum, und das führe nur zu mehr Antisemitismus. „Kritik an Israels Regierung wird schnell als antisemitisch abgestempelt.“ Der Antisemitismus-Vorwurf werde instrumentalisiert, auch gegen Palästinenser und ihre Forderung, selbstbestimmt in Freiheit und Gerechtigkeit zu leben. Obwohl es vor allem um die

Situation in München gehen soll, kommt das Gespräch immer wieder auf Israel und Gaza. „Freiluftgefängnis“ nennt Ali den eingezäunten und abgeriegelten Landstreifen, seit vielen Jahren lebten die Menschen dort unter israelischer Blockade. Er wirft der israelischen Regierung „Apartheid“ vor, das Bombardement von Gaza nennt er „Völkermord“.

Die Hamas, sagt Ali, sehe er „zuerst als politische Partei“, die 2006 demokratisch gewählt worden sei. Terrororganisation will er sie nicht nennen. Er sehe sich da in Einklang mit der Mehrheit der Staaten; EU, USA und andere westliche Staaten stufen die Hamas dagegen als terroristisch ein. Ali sagt, das palästinensische Volk wolle sich befreien, und „dass dafür nicht nur diplomatische Mittel angewendet werden können, sondern gegebenenfalls auch bewaffnete Mittel angewendet werden müssen, um unsere Rechte durchzusetzen“.

Und der 7. Oktober, der Hamas-Überfall mit rund 1200 Toten und mehr als 200 Geiseln? Er verurteile grundsätzlich das Ermorden von Zivilisten, sagt Ali. Zugleich verweise er auf Jahrzehnte der Besatzung und die Verzweiflung in Gaza: Man dürfe von der Eskalation nicht überrascht sein, für ihn sei es nur eine Frage der Zeit gewesen. „Ein unterdrücktes Volk, wie es das palästinensische Volk ist, hat das Recht auf Widerstand“, sagt Ali und verweist auf internationales Recht.

Wie weiter in München? Ali sieht die deutsche Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht, Behörden und zivilgesellschaftliche Gruppen. „Die Entmenschlichung von Palästinenserinnen und Palästinensern müsste aufhören. Wir müssten als gleichwertige Menschen gesehen werden.“ Nicht als potenzielle Terroristen, die Juden hassten. Das müsse der erste Schritt sein.

„Zwar ist das Recht auf Widerstand völkerrechtlich verbrieft, ein „Recht auf Terror“ steht aber niemandem zu. Der Terror palästinensischer Organisationen vermehrt auch das Leid der eigenen Bevölkerung. Zugleich verhindert auch die israelische Politik seit Jahren, den Kern des Konflikts zu lösen: Ohne Freiheit für die Palästinenser wird es keinen Frieden für Israel geben, und ohne Frieden für Israel keine Freiheit für die Palästinenser.“
Stefan Jakob Wimmer

Die Präsidentin

Alle hier nennen sie „die Präsidentin“. Der Weg zu Charlotte Knobloch führt durch eine Sicherheitsschleuse, die Security spricht Englisch. Die Chefin der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) verspätet sich – so viele Termine. Ihr Sprecher führt in den Konferenzbereich ganz oben im Jüdischen Zentrum, daneben eine Dachterrasse. Von hier sieht man die Türme der Altstadt und ein paar Stockwerke weiter unten, im Pausenhof von jüdischer Kita und Grundschule, spielende Kinder, abgeschirmt von der Außenwelt.

Charlotte Knobloch verdankt ihr Überleben im Holocaust der ehemaligen Hausangestellten ihres Onkels, die sie versteckten. Sie ist 91 Jahre alt, leitet seit knapp vier Jahrzehnten die IKG, ist Münchner Ehrenbürgerin. Ihr Wort hat großes Gewicht in der Stadt. Über das Judentum sagt sie: „Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft.“ Wer sie fragt, wie es ihr geht, den führt sie gedanklich nach Israel. Kritik am Zufluchtsort der Juden kommt für sie nicht infrage. Wütend und traurig sei sie, weil man die noch immer mehr als 100 Geiseln



Dominik Krauses erster öffentlicher Termin als Bürgermeister: eine Pro-Israel-Kundgebung. FOTO: ROBERT HAAS

sehen ihr und Idriz, der längst als das Gesicht des Islam in München gilt, gibt es nicht. Einen konkreten Grund dafür nennt Knobloch nicht.

Wie denkt sie über Idriz' schriftliche Bitte, zusammen mit anderen Imamen in der Synagoge öffentlich sein Mitgefühl zu bekunden? Knobloch stutzt, schaut zu ihrem Sprecher neben ihr: „Gibt's da einen Brief?“ Er nickt, sie erinnert sich und sagt dann: Man könne sie ja nicht zwingen, mit Leuten Kontakt zu halten, die vielleicht komplett anderer Meinung über das Judentum seien als sie.

Später ergänzt Knoblochs Sprecher, dass ein Synagogenbesuch in der angefragten Form angesichts der allgemeinen Situation und der Stimmungslage in der IKG nicht infrage gekommen sei. Und ein gemeinsames Friedensgebet mit Muslimen? Knobloch sagt: „Die anderen können das machen, wir sind in dieser Lage nicht dabei.“

Offener und gesprächiger wirkt Charlotte Knobloch, wenn sie von dem Teil ihrer Familie erzählt, der in Israel lebt. Eine Tochter, drei Enkel, zwei Urenkel. Kurz nach dem 7. Oktober sei die Enkelin mit ihren Töchtern nach München geflüchtet. Nach drei Wochen aber die Ernüchterung: Bei einer U-Bahnfahrt hätten die Kinder Hebräisch gesprochen, das habe manchen Fahrgästen missfallen, erzählt Knobloch. Überstürzt sei ihre Enkelin mit den Töchtern heimgefliegen. In Israel fühle sie sich sicherer als in München.

„Es kann von einer israelischen Sicht keine Rede sein. Die jüdisch-israelische Bevölkerung besteht aus einem bunten Spektrum unterschiedlicher Herkunftskulturen und vertritt teils heftig kontrastierende Auffassungen von jüdischer Identität. Die Vieltimmigkeit ist in Israel sehr viel deutlicher wahrnehmbar als im deutschen Diskurs.“
Stefan Jakob Wimmer

Der Bürgermeister

Dominik Krause bittet in sein Amtszimmer, sein Sprecher nimmt neben ihm Platz. Krause ist 33 Jahre alt und erst seit ein paar Monaten Zweiter Bürgermeister, in der Stadtpolitik ist der Grüne tief verwurzelt. Angefangen habe es vor gut zehn Jahren, als eine islamfeindliche Kundgebung nach der anderen stattfand. Krause sagt, er habe sich damals klar positioniert: gegen den Hass auf Muslime, ohne Aber. Heute stelle er sich genauso eindeutig gegen Antisemitismus. Sein erster Termin nach seiner Wahl zum Bürgermeister führte ihn zu Charlotte Knobloch, sein erster öffentlicher Auftritt zu einer Pro-Israel-Kundgebung. Statements ohne Aber.

Von muslimischen Gemeinden und Organisationen, sagt Krause, erwarte er, dass sie sich ebenfalls deutlich positionieren, gegen den Terror vom 7. Oktober und gegen Antisemitismus. Diese Klarheit vermisse er, sagt Krause, auch bei Idriz. Krause sagt, er habe Zweifel, ob der Imam noch ein Garant sei für einen liberalen Islam. Das wäre eine Diskussion wert, doch der Gesprächsfaden zwischen dem grünen Bürgermeister und dem Imam ist schon vor Jahren abgerissen. Dass Idriz der Hamas das Muslimisch-Sein abspricht, erfährt Krause erst im Gespräch mit der SZ. Er sagt, er lasse sich in seiner Skepsis gerne eines Besseren belehren. Demnächst wollen sich die beiden Männer treffen.

Dass er von Muslimen eine klare Distanzierung von Terror und Judenhass erwarte, sagt Krause, liege nicht daran, dass sie Muslime seien. Sondern weil er sie längst als „Teil der Stadtgesellschaft“ sehe. Also habe er an sie dieselben Ansprüche wie an alle anderen demokratischen Akteure.

Und jetzt, wie weiter in München? Krause sagt, es brauche einen „Grundimpuls“ aus den Gemeinden, von beiden Seiten. Auch ein neues „Bündnis für Toleranz“? Der Blick ist vielsagend. Man darf annehmen, dass er es begrüßen würde, er aber dem aktuellen OB nicht auf die Füße treten will. „Kein Kommentar“, sagt Krause und grinst.

OB Reiter reagiert auf die Kritik, dass das „Bündnis“ nicht mehr existiert. Im März lädt er zu einem „Dialog für Demokratie“ Vertreterinnen von Parteien, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Religionen ins Rathaus ein, auch Charlotte Knobloch und Benjamin Idriz kommen, das Treffen ist nicht-öffentlich. „Wir setzen uns gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in jeder Form ein“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Mit der SZ mag der Oberbürgermeister nicht über München, Israel und Palästina reden. Seine Sprecherin schickt ein Statement: Der Konflikt habe „leider auch Aus-

wirkungen auf unsere Stadtgesellschaft“, so Reiter. Die Zahl der antisemitischen Übergriffe habe deutlich zugenommen, das wirke sich auf das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen aus. Auch von Anfeindungen gegen muslimische Münchnerinnen und Münchner sei ihm berichtet worden. „Und wer manche Demonstration zum Konflikt im Nahen Osten Ende letzten Jahres verfolgt hat, wurde Zeuge, wie viel Hass hier teilweise auf die Straße getragen wurde.“ Die Stadtgesellschaft müsse wieder zusammenfinden. Wie dies geschehen könnte, thematisiert Reiter nicht.

„Von München aus ist der Konflikt nicht zu lösen. Aber wir müssen in München ein friedliches und wertschätzendes Miteinander verwirklichen. Was ist zu tun? Differenzieren: Nur so wird man der Komplexität des Konflikts und dem Kontext des Geschehens gerecht. Zuhören: Jüdische Menschen haben in Deutschland einen Anspruch auf vorbehaltlose Solidarisierung. Gleichzeitig darf und muss auch das Leid der Palästinenser in Gaza thematisiert und ernst genommen werden. Konfrontieren: Auch wenn es schwerfällt, Meinungen, die der eigenen zuwiderlaufen, sind auszuhalten, einseitig pro-palästinensische Positionen ebenso wie einseitig pro-israelische. Wir müssen sie thematisieren und konfrontieren, anstatt sie zu verdrängen. Grenzen setzen: Wer in Deutschland lebt, muss verinnerlichen, dass Hass gegen jüdische Menschen unter keinen Umständen akzeptabel ist. Antisemitismus gibt es in der Mehrheitsgesellschaft und in migrantischen Gemeinschaften und sollte gleichermaßen bekämpft werden. Dasselbe gilt für Islamfeindlichkeit, die am meisten verbreitete Form gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit.“
Stefan Jakob Wimmer

Die Schriftstellerin

Es sei spät geworden, erzählt Lena Gorelik, mitten in der Nacht sei sie von einer Lesereise zurückgekehrt. Als Treffpunkt hat sie ein Haidhauser Café vorgeschlagen und bittet um Nachsicht, dass sie sich ein Frühstück bestellt. Lena Gorelik, 43, geboren in St. Petersburg, ist eine der bekanntesten Schriftstellerinnen Deutschlands.



„Es gibt so viele Verletzungen“, sagt Schriftstellerin Lena Gorelik. FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER

Sie bekomme inzwischen viele Einladungen auf Podien, sagt sie, vor allem, weil sie Jüdin ist. Sie hat in Israel gelebt, studiert, gearbeitet, sie möge das Land, aber gläubig sei sie nicht. Dass ihr Jüdisch-Sein plötzlich so wichtig wurde, damit habe sie sich abgefunden, weigere sich aber, einseitig auf den Konflikt zu blicken.

Sie konstatiert ein Schweigen im Dreieck, viele Wochen nach dem 7. Oktober habe es angehalten: Mehrheitsgesellschaft, jüdisch-israelische und muslimisch-palästinensische Community. Jüdische Menschen vermissten die Empathie der Mehrheitsgesellschaft; Palästinenser fühlten sich von der Politik ignoriert. Sie warte, „dass sich die Gemüter beruhigen und man wieder ins Sprechen kommt“. Das werde wohl dauern: „Es gibt so viele Verletzungen“, sagt sie, „so viele Verletzungen“.

Lena Gorelik lebt in München, ihr Blick ist aufs ganze Land geweitet, sie hat oft in

Berlin zu tun. Plötzlich seien da diese Animositäten in ihrer kulturellen Sphäre, oft höre sie: „Ich rede nicht mit dem, wenn die mit dem geredet hat.“ Oder: „Wer hat wo welchen offenen Brief unterschrieben? Wer saß auf welchem Podium?“ Diese Gesinnungspolitik, die jedes falsche Wort abstrafe, passe weder zur Demokratie noch zur Meinungsfreiheit. „Es wird immer schlimmer.“

Ende Januar war Lena Gorelik im Literaturhaus zu Gast, es war der Holocaust-Gedenktag und es ging um Antisemitismus. Sie habe sich lange überlegt, ob sie aufs Podium gehe, sagt sie. „Ich erwische mich dabei, dass ich Angst habe.“ Angst vor einem Entweder-Oder und dem Urteil außenstehender Menschen: „Wenn du gegen Antisemitismus bist, dann bist du Rassistin. Und wenn du gegen Muslimfeindlichkeit bist, dann bist du Antisemitin.“ Nein, sagt Lena Gorelik, „das kann doch nicht sein“. Weil sie gegen beide Formen der Menschenfeindlichkeit anrede, werde sie, die als Jüdin auf die Bühnen gebeten wird, auch von jüdischer Seite kritisiert. „Da fühlt man sich sehr alleine in der Mitte.“

Wie geht es dir? Auf diese mitfühlende Frage habe sie nach dem 7. Oktober gewartet, oft vergeblich. Irgendwann habe sie Freunde, Bekannte, Kolleginnen angesprochen: Warum fragst ihr nicht? „Viele haben gesagt: Sie wussten nicht wie.“ Diese Hilflosigkeit stelle sie in Deutschland immer wieder fest, sagt Lena Gorelik: „Wie spricht man über alles, was das Wort Jude beinhaltet?“

Das Gefühl des Alleinseins in der Gesellschaft, nicht geschützt zu sein, erkläre, warum es von jüdischer Seite wenig Gesprächsbereitschaft gebe. Auch deshalb, weil viele in der Mehrheitsgesellschaft nicht differenzierten zwischen jüdischen Menschen, dem Staat Israel, der Regierung Netanjahu. Das führe dazu, dass nur wenige auf die Straße gehen, wenn der Antisemitismus angegrangert werde. Und die radikal Rechten in Deutschland, sagt Gorelik, die säßen bestimmt zu Hause und machten eine Sektflasche nach der anderen auf. Sie müssten selbst gar nichts tun, „es wird alles für sie erledigt“. Die anderen zerstreiten sich.

Bei vielen jüdischen Menschen aus ihrem Umfeld, aus dem linksliberalen Lager mit großer Distanz zu Israel, beobachte sie, wie sie sich den zionistischen, konservativen Denken annäherten. Auch ihre eigene Beziehung zu Israel habe sich verändert: Nie habe sie vorgehabt, im Ernstfall dorthin auszuwandern, eher nach Kanada. Aber nun, da auch Israel nicht mehr sicher wirkt, fehle ihr plötzlich etwas: „Ich bin erstaunt, wie sehr mich diese Unsicherheit trifft.“

Wie rauskommen aus der Sackgasse der Sprachlosigkeit? Heilen ließen sich die Verletzungen wohl nur mit Reden und Zuhören, sagt Gorelik. „Lasst uns darüber reden, was schiefgelaufen ist.“ Die Kommunikation, die Pauschalierungen, das Canceln. Vielleicht, sagt Lena Gorelik, müssten solche kurierenden Gespräche moderiert sein, gut moderiert, und sie sollten nicht zwingend öffentlich stattfinden, ein vertraulicher Rahmen könne mitunter besser sein. Sicher aber sei: „Es müsste jemand in die Hand nehmen.“ Das könnte zum Beispiel der Oberbürgermeister tun oder eine andere, angesehene und neutrale Persönlichkeit. Stattfinden müsste die Aufarbeitung des vergangenen halben Jahres an vielen Orten: auf Bühnen und Podien, in Sendern und Zeitungen, in Kulturinstitutionen und Vereinen. Sie selbst arbeite mit Kolleginnen an einem Essayband, sagt sie, habe Beiträge zum Konflikt gesammelt. Ende April soll der Band erscheinen, der Titel heißt „Trotzdem sprechen“.

Lena Gorelik sagt, sie habe Hoffnung auf ein neues Miteinander. Deutschland habe gezeigt, wozu seine Menschen fähig seien, vor zwei Jahren, als die Ukraine von Russland überfallen wurde. Welch Empathie und Hilfsbereitschaft habe es da gegeben! So etwas wünsche sie sich wieder. Für die Menschen in Israel und in Palästina und auch in München, die unter Terror und Krieg und ihren Auswirkungen leiden.

„Zu den Lehren aus der deutschen Geschichte gehört, nie wieder Menschen nach ihrer Zugehörigkeit zu beurteilen. Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer, 102 Jahre alt, sagt: „Es gibt kein christliches, muslimisches, jüdisches Blut, nur menschliches. Seid Menschen!“
Stefan Jakob Wimmer